

Ressort: Lokales

NRW verlangt Konzept für grenzübergreifende Verkehrspolitik

Düsseldorf, 28.09.2017, 08:30 Uhr

GDN - NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) verlangt von der künftigen Bundesregierung, sich im Koalitionsvertrag auf eine europaweite Verkehrspolitik zu verpflichten. "Nordrhein-Westfalen wird seinen Einfluss im Bund auf jeden Fall geltend machen, und das gilt auch für den Koalitionsvertrag", sagte Laschet der "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe).

"Ich bin zum Beispiel der Meinung, dass für Nordrhein-Westfalen wichtige Infrastruktur-Einrichtungen in Europa wie der Seehafen Rotterdam in der Verkehrswegeplanung des Bundes berücksichtigt werden müssen." Der Grünen-Forderung nach einem Ausstiegsdatum für die Diesel-Technologie erteilte Laschet eine Absage: "Wir wissen gegenwärtig einfach noch nicht, wie lange wir diese Technologie, die uns ja auch viel geholfen hat beim Einsparen von CO₂, noch brauchen. Es ist noch zu früh, um jetzt schon den Diesel-Ausstieg zu terminieren."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-95255/nrw-verlangt-konzept-fuer-grenzuebergreifende-verkehrspolitik.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619